

EUROPA

Amerika nach der Wahl: Neustart der transatlantischen Beziehungen!

Dr. Susanne Cassel und Dr. Michael Zibrowius

Nach den Ereignissen rund um die offizielle Auszählung der Stimmen des Electoral College im US-Kongress ist Joe Biden seit dem 20. Januar 2021 offiziell der 46. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und Nachfolger von Donald Trump. Mit dem Machtwechsel im Weißen Haus und einer demokratischen Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses ist in den europäischen Hauptstädten die Hoffnung auf eine Besserung der transatlantischen Beziehungen verbunden: weg von „America First“ und einer auf Nullsummen-Spiel-Logik beruhenden Wirtschafts- und Handelspolitik, (wieder) hin zu einer multilateralen Wirtschaftsordnung, die durch den regelbasierten internationalen Handel von Gütern und Dienstleistungen weltweit zu mehr Wohlstand führt. Inwiefern sich diese Hoffnung insbesondere angesichts großer innenpolitischer Probleme in den USA erfüllt, muss sich zeigen. Die Politik sollte versuchen, die transatlantische Partnerschaft wieder zu stärken und Fortschritte in der multilateralen Zusammenarbeit zu erreichen. Bei der Klimapolitik dürfte dies am ehesten gelingen.

Die Hoffnung auf einen Kurswechsel in der US-amerikanischen Politik gegenüber den transatlantischen Partnern wurde durch Äußerungen des „President Elect“ Joe Biden und seiner designierten Administration getrieben, wonach in Fragen der Handels- und Klimapolitik ein gemeinsamer Kurs mit den Partnern und Alliierten der USA eingeschlagen werden soll. Dies gilt insbesondere auch für die geopolitische und wirtschaftliche Herausforderung des westlichen Gesellschaftssystems durch die Volksrepublik China. Diese Einschätzung wird in Washington von Politikern beider Parteien geteilt, sodass dies die Basis künftiger Kooperation bilden könnte.

Allerdings bestehen auch berechtigte Zweifel, dass Europa und die USA mit einem Präsident Biden einfach wieder in einen Status Quo ante zurückkehren können und die Veränderungen der Ära Donald Trump allesamt wieder rückabgewickelt werden. Auch

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org

wenn Joe Biden als Präsident voraussichtlich versöhnlichere Töne anschlagen wird als sein Amtsvorgänger, so beheimatet seine demokratische Partei auch Kritiker des Freihandels. Es ist zu erwarten, dass sich der neue Präsident für „Buy American“ einsetzen und die vor allem deutschen Handelsüberschüsse mit den USA kritisieren wird. Vor diesem Hintergrund ist auch nicht zu erwarten, dass ein umfassendes transatlantisches Handelsabkommen (TTIP 2.0) abgeschlossen wird. Wenn durch den schrittweisen Abbau von (Straf-)Zöllen und gegenseitige Anerkennung von Standards im kleineren Maßstab die Wettbewerbsfähigkeit auf beiden Seiten des Atlantiks gestärkt werden könnte, wäre bereits viel erreicht. Sowohl die USA als auch Europa werden sich dafür bewegen müssen, beispielsweise verteidigungspolitisch. Gleichwohl: Die Bereitschaft zu Veränderung scheint sowohl in Washington als auch in Brüssel vorhanden zu sein. Mehr noch als in der Handelspolitik bietet sich in der Klimapolitik unter der neuen US-Administration die Aussicht auf eine vertiefte Zusammenarbeit, auch im multilateralen Rahmen. Die Politik sollte daher hierauf einen Fokus legen.

Neben den wirtschafts- und handelspolitischen Herausforderungen im transatlantischen Verhältnis wird auch das Verhältnis der USA zu China und die grundlegende Frage nach der Rolle der Europäer in der internationalen Gemeinschaft eine wichtige Rolle spielen. Im Verhältnis zu China dürften auch in Zukunft geostrategische Kategorien wie Machterhalt und nationale Sicherheit für das Handeln der USA ausschlaggebend sein. Inwiefern die USA bereit sein werden, dem Ansatz der Europäer zu folgen, das multilaterale Handelssystem zu stärken und sich im Rahmen der Welthandelsorganisation auf gemeinsame Regeln zu einigen, wird sich zeigen müssen. So lange machtpolitische Erwägungen weiter dominieren und Handelspolitik als Waffe eingesetzt wird, besteht die Gefahr, dass die Erfolge der Globalisierung verspielt werden. Für die Europäer stellen sich zudem grundsätzliche geopolitische Fragen: Kann sich Europa dauerhaft auf die Pax Americana verlassen und wie sähe in einer multipolaren Weltordnung das wirtschaftliche und strategische Miteinander zwischen der EU und den Vereinigten Staaten aus? Sinnbildlich dafür steht der aktuelle Konflikt um die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2, welche die USA durch Sekundär-Sanktionen gegen beteiligte Firmen zu verhindern suchen.

ECONWATCH-Policy Brief | Jan. 2021

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Die transatlantischen Beziehungen haben sich unter Ex-Präsident Trump merklich verschlechtert. Die USA haben sich vom multilateralen System abgewandt.
- Die USA sind tief gespalten. Die erste Priorität des neuen Präsidenten dürfte darauf liegen, für innenpolitische Beruhigung zu sorgen.
- Auch wenn der Umgang angenehmer und der Ton freundlicher wird, ist eine umfassende Rückkehr der transatlantischen Beziehungen zum Status Quo ante unter Präsident Biden nicht zu erwarten.

Politikempfehlungen:

- Energie- und Klimapolitik in den Fokus der künftigen Zusammenarbeit rücken. Internationale Klimaverhandlungen gemeinsam voranbringen.
- Spielräume für transatlantische Handelsliberalisierungen ausloten und in klar abgegrenzten Projekten umsetzen.
- Stärkung des multilateralen (Handels-) Systems gemeinsam mit den USA.

Es wird sich zeigen müssen, ob es im transatlantischen Verhältnis wieder zu einer engeren Zusammenarbeit kommt oder ob die von Präsident Trump befeuerte Rivalität zwischen den USA und Europa auch unter Präsident Biden bestehen bleibt. Auch wenn der Umgang miteinander sehr viel angenehmer und der Ton freundlicher werden wird, dürfte es in der Sache nicht unbedingt einfacher werden. Mit Blick auf die knappe demokratische Mehrheit im amerikanischen Kongress sollte sich Europa dabei nicht auf eine einfache Rückkehr zum Status Quo ante einstellen. Gleichwohl stehen die Chancen nicht schlecht, zu einem neuen strategischen Miteinander zu kommen. Allerdings wird nicht zuletzt nach den jüngsten innenpolitischen Ereignissen in den USA der Fokus des neuen Präsidenten zunächst darauf liegen (müssen), die weitere Spaltung des Landes zu verhindern und für inneren Frieden zu sorgen. Für die transatlantische Zusammenarbeit dürfte daher erstmal wenig Zeit bleiben.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Perspektiven für die transatlantischen Beziehungen nach den US-Präsidentenwahlen“ mit Dr. Josef Braml (USA-Experte und Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin